

Arbeitsunfälle

Spezifische Bestimmungen



TITEL 1 - GESETZLICHE GARANTIE

KAPITEL 1 - ZIEL UND UMFANG DER GARANTIE

- Artikel 1 - Ziel der Garantie**
- Artikel 2 - Versichertes Risiko**
- Artikel 3 - Änderung des versicherten Risikos**
- Artikel 4 - Geltungsbereich**
- Artikel 5 - Recht auf Aufsicht über Ihr Unternehmen**

KAPITEL 2 - DES VERSICHERUNGSVERTRAGES

- Artikel 6 - Inkrafttreten der Garantie**
- Artikel 7 - Dauer**
- Artikel 8 - Nichtbeschäftigung von Personal**
- Artikel 9 - Todesfall – Konkurs – Übertragung**
- Artikel 10 - Beendigung und Kündigung des Versicherungsvertrages**

KAPITEL 3 - PRÄMIE

- Artikel 11 - Art der Prämie**
- Artikel 12 - Berechnung der Prämie**
- Artikel 13 - Vorschuss**
- Artikel 14 - Lohnerklärung**
- Artikel 15 - Fehlende Lohnerklärung**
- Artikel 16 - Prüfung der Lohnerklärung**
- Artikel 17 - Modalitäten der Prämienzahlung**
- Artikel 18 - Nichtzahlung der Prämie**
- Artikel 19 - Tarifänderung oder Änderung der Versicherungsbedingungen**

KAPITEL 4 - UNFÄLLE

Artikel 20 - Unfallmeldung

Artikel 21 - Verfahren

Artikel 22 - Vorbeugung und Aufsicht

Artikel 23 - Mitteilungen - Benachrichtigungen - Auslegung - Betrugsbekämpfung im Versicherungswesen

TITEL 2 - AUSSERGESETZLICHE GARANTIE

KAPITEL 1 - ZIEL DER GARANTIE

Artikel 24 - Arbeits- oder Wegeunfall

Artikel 25 - Garantie bei einer Handlung von Terrorismus

Artikel 26 - Ausschlüsse

Artikel 27 - Berechnung der Entschädigung

Artikel 28 - Forderungsübergang

KAPITEL 2 - PRÄMIE

Artikel 29 - Berechnung

KAPITEL 3 - DAUER UND KÜNDIGUNG

Artikel 30 - Dauer

Artikel 31 - Beendigung und Kündigung

Artikel 32 - Verlust der Eigenschaft als Versicherter

KAPITEL 4 - VERSCHIEDENES

Artikel 33 - Besonderheiten

Der Versicherungsvertrag besteht aus Allgemeinen und Sonderbedingungen.

- A. Die Allgemeinen Bedingungen beinhalten:
- ein Lexikon mit den allgemeinen Begriffen für die AXA Enterprises IARD-Produkte;
 - vorliegende spezifische Bestimmungen zu Arbeitsunfällen
- B. Die Sonderbedingungen enthalten Angaben zu den gewählten Versicherungspolicen, wie zum Beispiel Vertragsbeginn, Prämie oder das versicherte Risiko.

Die Sonderbedingungen ergänzen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und heben sie, wenn sie bei Konflikt, auf. Insbesondere für den Fall, dass Sie bestimmte in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen aufgeführte Ausschlüsse aufheben möchten, und wir dies genehmigen können, wird dies in den Sonderbedingungen angegeben.

TITEL 1 - GESETZLICHE GARANTIE

KAPITEL 1 - ZIEL UND UMFANG DER GARANTIE

Artikel 1 - ZIEL DER GARANTIE

Wir decken die Entschädigungen der **Unfälle**, die allen **Versicherten** für alle Tätigkeiten, mit denen sie von Ihnen beschäftigt werden, widerfahren sind.

Die Garantie der Versicherung ist jedoch beschränkt auf die **Versicherten**, die zum/zu den Betriebssitz(en) gehören, für die bzw. den **Sie** die Versicherung abschließen.

Wir gewährleisten den **Versicherten** oder deren Rechtsnachfolger sämtliche durch das Gesetz festgelegten Entschädigungen, ungeachtet jeder Einrede, jeder Nichtigkeit oder jedes Verfalls, die aus den gesetzlichen Bestimmungen oder dem Versicherungsvertrag hervorgehen, und zwar bis zum Ablauf des Versicherungsvertrags.

Auf keinen Fall sind **Sie** gegen Verurteilungen der zivilrechtlichen Haftpflicht bezüglich allgemeines Rechts gedeckt, und auch nicht gegen die Zahlung von Geldbußen, die, weil diese als persönliche Strafen gelten, nicht durch den Versicherungsvertrag gedeckt werden dürfen.

Artikel 2 - VERSICHERTES RISIKO

Sie sind verpflichtet, beim Abschluss des Versicherungsvertrags alle Ihnen bekannten Umstände genau mitzuteilen, die **Sie** vernünftigerweise als Elemente betrachten müssen, die uns bei der Risikoabschätzung behilflich sein können.

Wenn **wir** ein absichtliches Verschweigen oder eine absichtliche Ungenauigkeit bei der Angabe der Daten feststellen, die uns über die Elemente für die Risikoabschätzung in die Irre führen, ist der Versicherungsvertrag nichtig. Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem **wir** von dem absichtlichen Verschweigen oder der absichtlichen Ungenauigkeit Kenntnis genommen haben, sind uns die fällig gewordenen Prämien geschuldet.

Wenn **wir** ein unabsichtliches Verschweigen oder eine unabsichtliche Ungenauigkeit bei der Angabe der Daten feststellen, schlagen **wir** innerhalb von einem Monat ab dem Tag, an dem **wir** davon Kenntnis genommen haben, die Änderung des Versicherungsvertrags vor, mit Wirkung am Tage, an dem **wir** von diesem Verschweigen oder dieser Ungenauigkeit Kenntnis genommen haben.

Wenn **wir** den Beweis erbringen, dass **wir** das Risiko auf keinen Fall versichert hätten, können **wir** den Versicherungsvertrag innerhalb derselben Frist kündigen.

Wenn **Sie** den Änderungsvorschlag für den Versicherungsvertrag ablehnen oder wenn **Sie** diesen Vorschlag nach Ablauf einer einmonatigen Frist ab dem Empfang desselben nicht annehmen, dürfen **wir** den Versicherungsvertrag innerhalb von 15 Tagen kündigen.

Wenn **wir** den Versicherungsvertrag nicht kündigen oder wenn **wir** seine Änderung nicht innerhalb der obigen Fristen vorschlagen, dürfen **wir** in Zukunft die uns bekannten Tatsachen nicht mehr geltend machen.

Wenn ein **Unfall** eintritt und wenn **Sie** der unter Absatz 1 vorgesehenen Meldepflicht nicht nachgekommen sind, so sind **wir** gezwungen, den **Versicherten** oder deren Rechtsnachfolger die im **Gesetz** festgesetzten Leistungen zu gewähren.

In diesem Falle jedoch, wenn der fehlerhafte Antrag Ihnen vorgehalten werden kann, haben **wir** Ihnen gegenüber einen Anspruch auf Rückerstattung unserer Leistungen nach dem Verhältnis zwischen der zu wenig bezahlten Prämie und der Gesamtprämie, die Sie hätten zahlen müssen, wenn Sie das Risiko richtig angegeben hätten.

Falls **wir** beweisen, dass **wir** das Risiko, dessen wirkliche Beschaffenheit durch den **Unfall** aufgedeckt wird, auf keinen Fall versichert hätten, bezieht sich dieser Anspruch auf unsere sämtlichen Leistungen an den **Versicherten** oder seinem Rechtsnachfolger, unter Abzug eines Betrags, der dem Gesamtbetrag der bezahlten Prämien entspricht.

Wenn **Sie** in einer betrügerischen Absicht gehandelt haben, bezieht sich der Rückerstattungsanspruch auf die Gesamtheit unserer Leistungen an Ihnen, den **Versicherten oder seinem Rechtsnachfolger**. In diesem Falle sind uns außerdem die bis zu dem Zeitpunkt, zu dem **wir** von dem Betrug Kenntnis genommen haben, fällig gewordenen Prämien als Schadensersatzleistung geschuldet.

Artikel 3 - ÄNDERUNG DES VERSICHERTEN RISIKOS

A. Verringerung des Risikos

Wenn im Laufe der Ausführung des Versicherungsvertrags das Risiko des Eintritts des **Unfalls** sich dermaßen erheblich und dauerhaft verringert hat, dass **wir** die Versicherung zu anderen Bedingungen gewährt hätten, wenn die Risikoverringerung zur Zeit des Abschlusses des Versicherungsvertrags bestanden hätte, sind **wir** dazu gezwungen, eine verhältnismäßige Prämienermäßigung ab dem Tage zu gewähren, an dem **wir** von der Risikoverringerung Kenntnis genommen haben.

Wenn **wir** uns innerhalb von einem Monat ab Ihrem Antrag auf Ermäßigung nicht über die neue Prämie einigen können, dürfen **Sie** den Versicherungsvertrag kündigen.

B. Risikoerschwerung

1. **Sie** haben die Verpflichtung, uns im Laufe des Versicherungsvertrags und gemäß den Bedingungen von Artikel 2 Absatz 1, die neuen Umstände oder die Änderungen von Umständen zu melden, die eine erhebliche und dauerhafte Erschwerung des Risikos des Eintritts des **Unfalls** nach sich ziehen könnten.

Sie müssen unter anderem Folgendes melden:

- die Umgestaltungen sowie die Erweiterungen Ihres Unternehmens, entweder durch Schaffung neuer Betriebssitze oder durch Ausübung neuer Tätigkeiten;
- jedes **Kernrisiko** oder Kriegsrisiko, dem Ihr Personal ausgesetzt werden könnte.

Wenn das Risiko des Eintritts des **Unfalls** sich im Laufe des Versicherungsvertrags in solchem Maße erschwert hat, dass **wir** die Versicherung zu anderen Bedingungen gewährt hätten, wenn die

Erschwerung zur Zeit des Abschlusses des Versicherungsvertrags bestanden hätte, so müssen **wir** innerhalb von einem Monat ab dem Tage, an dem **wir** von der Erschwerung Kenntnis genommen haben, die Änderung des Versicherungsvertrags mit Rückwirkung zum Erschwerungstag vorschlagen.

Wenn **wir** den Beweis erbringen, dass **wir** das erschwerte Risiko auf keinen Fall versichert hätten, dürfen **wir** den Versicherungsvertrag innerhalb derselben Frist kündigen.

Wenn **Sie** den Änderungsvorschlag des Versicherungsvertrags ablehnen oder wenn **Sie** nach Ablauf einer einmonatigen Frist ab Empfang dieses Vorschlags Letzteren nicht annehmen, dürfen **wir** den Versicherungsvertrag innerhalb von 15 Tagen nach Ablauf der vorgenannten Frist kündigen.

Wenn **wir** den Versicherungsvertrag nicht kündigen oder wenn **wir** dessen Änderung nicht innerhalb der oben erwähnten Fristen vorschlagen, dürfen **wir** in Zukunft die Risikoerschwerung nicht mehr geltend machen.

2. Wenn ein **Unfall** vor Inkrafttreten der Änderung des Versicherungsvertrags oder der Kündigung eintritt, und wenn **Sie** der im Artikel 3.B.1. vorgesehenen Meldepflicht nachgekommen sind, sind **wir** dazu gezwungen, die im **Gesetz** bestimmten Leistungen zu gewähren.
3. Wenn ein **Unfall** eintritt und wenn **Sie** der im Artikel 3. B. 1. vorgesehenen Meldepflicht nicht nachgekommen sind, sind **wir** ebenfalls dazu gezwungen, die im **Gesetz** bestimmten Leistungen zu gewähren.

In diesem Falle verfügen **wir** jedoch gegen **Sie** über denselben Regressanspruch wie den, der im Artikel 2 vorgesehen ist, es sei denn, **Sie** erbringen den Nachweis, dass Ihnen das Ausbleiben der Meldung nicht vorgehalten werden kann.

Artikel 4 - GELTUNGSBEREICH

Die Versicherung gilt in der ganzen Welt, wenn zur Zeit des **Unfalls** die belgische Gesetzgebung anwendbar ist oder bleibt, gemäß den internationalen Abkommen.

Artikel 5 - RECHT AUF AUFSICHT ÜBER IHR UNTERNEHMEN

Wir behalten uns das Recht vor, den Zustand der Arbeitsstelle und der Werkzeuge, die Betriebsbedingungen und im Allgemeinen alle Faktoren, die das Risiko beeinflussen könnten, zu überprüfen.

Zu diesem Zweck haben unsere Delegierten freien Zutritt zu Ihrem Unternehmen.

Auf unsere Anfrage hin sind **Sie** außerdem dazu gezwungen, uns eine Abschrift des Jahresberichts des Ausschusses für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz zuzustellen, dem die Häufigkeits- und Schweresätze der **Unfälle** der letzten drei Dienstjahre entnommen werden können.

Wenn **Sie** diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, können **wir** den Versicherungsvertrag gemäß den Bedingungen von Artikel 10. D. kündigen.

Unsere Delegierten sind durch strikte Geheimhaltung gebunden.

KAPITEL 2 - DAUER UND KÜNDIGUNG DES VERSICHERUNGSVERTRAGES

Artikel 6 - INKRAFTTRETEN DER GARANTIE

Die Garantie tritt zu dem in den besonderen Bedingungen festgestellten Termin in Kraft.

Auf keinen Fall darf die Garantie mit Rückwirkung gewährt werden.

Artikel 7 - DAUER

Dieser Versicherungsvertrag wird für die in den besonderen Bedingungen festgestellte Dauer abgeschlossen.

Außer wenn eine der Parteien dagegen per Einschreiben mindestens drei Monate vor Ablauf des Versicherungsvertrags Einspruch erhebt, wird die Versicherung stillschweigend um die in den besonderen Bedingungen festgestellten aufeinander folgenden Zeiträume verlängert.

Unabhängig von der Dauer des Versicherungsvertrags muss diese, falls erforderlich, um den Zeitraum ab Beginn des Versicherungsvertrags bis zum 1. Januar des darauf folgenden Jahres verlängert werden.

Artikel 8 - NICHTBESCHÄFTIGUNG VON PERSONAL

Wenn **Sie** keine dem Gesetz unterworfenen Personen mehr beschäftigen, benachrichtigen **Sie** uns umgehend davon, indem Sie das Datum, an dem die Tätigkeit dieser Personen endet, genau angeben.

Mangels gegenteiliger Vereinbarung kündigen **wir** den Versicherungsvertrag per Einschreiben am Datum, an dem **wir** davon Kenntnis genommen haben, jedoch frühestens am Datum, an dem **Sie** kein Personal mehr beschäftigen.

Wenn **Sie** jedoch vor dem Ablauf der noch laufenden Versicherungsfrist ab dem Kündigungsdatum wieder dem **Gesetz** unterlegen Personal einstellen, sind **Sie** verpflichtet, bei uns einen neuen Versicherungsvertrag abzuschließen, für eine Zeit, die mindestens mit dem noch laufenden Zeitraum übereinstimmt.

Wir versichern die meldepflichtigen Arbeiter nicht, wenn sie vor dem Abschluss des neuen, im vorigen Absatz vorgesehenen Versicherungsvertrags wieder eingestellt werden.

Artikel 9 - TODESFALL – KONKURS – ÜBERTRAGUNG

A. Todesfall

Im Falle einer Übertragung des Versicherungsgegenstands infolge eines Todesfall, läuft Ihr Versicherungsvertrag weiter, jedoch gehen Rechte und Pflichten dieses Versicherungsvertrages auf den neuen Inhaber des versicherbaren Interesses über.

Der neue Inhaber des versicherbaren Interesses und **wir** können den Versicherungsvertrag jedoch zunächst per Einschreiben innerhalb von drei Monaten und vierzig Tagen nach dem Tod kündigen und **wir** per Einschreiben innerhalb von drei Monaten ab dem Tag, an dem **wir** von dem Tod Erkenntnis erlangt haben..

B. Konkurs

Im Falle des Konkurses besteht der Versicherungsvertrag weiter zugunsten der Gläubigermasse, die uns den Betrag der ab der Konkurserklärung fällig werdenden Prämien schuldet.

Der Konkursverwalter oder **wir** selbst haben jedoch das Recht, den Versicherungsvertrag zu kündigen, innerhalb von drei Monaten nach der Konkurserklärung, was den Konkursverwalter betrifft, oder frühestens drei Monate nach der Konkurserklärung, was uns betrifft.

C. Übertragung

Im Falle der Aufrechterhaltung der Tätigkeit, jedoch der Änderung der natürlichen oder juristischen Person in irgendwelcher Rechtsform und aus irgendwelcher anderer Ursache als denjenigen, die unter obigen Punkten A und B vorgesehen sind, verpflichten Sie oder Ihre Erben bzw. Rechtsnachfolger sich dazu, den Versicherungsvertrag von Ihren Nachfolgern fortsetzen zu lassen.

Wenn dieser Verpflichtung nicht nachgekommen wird, können **wir** von Ihnen oder von Ihren Erben oder Rechtsnachfolgern unabhängig von der fällig gewordenen Prämien eine Kündigungsentschädigung fordern, die mit der letzten Jahresprämie übereinstimmt. Der Versicherungsvertrag endet dann am Datum dieser Änderung oder dieser Übernahme.

Wir können jedoch die Übertragung des Versicherungsvertrags ablehnen und ihn kündigen. In diesem Falle müssen **wir** die Deckung des heutigen Versicherungsvertrags bis zum Ablauf einer 45-tägigen Frist garantieren, die an dem Tag anfängt, an dem der Kündigungsbrief, den **wir** Ihnen per Einschreiben zustellen, bei der Post aufgegeben wurde. **Wir** behalten dann das Recht auf die fälligen Prämien, die mit den gedeckten Zeiträumen übereinstimmen.

Artikel 10 - BEENDIGUNG UND KÜNDIGUNG DES VERSICHERUNGSVERTRAGES

A. Der Versicherungsvertrag erlischt von Rechts wegen:

1. am Datum der endgültigen Einstellung Ihrer Tätigkeiten;
2. am Datum, an dem **wir** nicht länger die Zulassung zur Arbeitsunfallversicherung haben.

B. Die Kündigung des Versicherungsvertrags durch **Sie** oder durch uns erfolgt immer per Einschreiben.

C. **Sie** können den Versicherungsvertrag kündigen:

1. bei einer Risikoverringerung unter den Bedingungen von Artikel 3. A.

Die Kündigung hat nur Wirkung nach Ablauf einer einmonatigen Frist ab dem Tag nach dem Datum des Poststempels des Einschreibens;

2. bei einer Tarifänderung oder Änderung der Versicherungsbedingungen gemäß den Bedingungen im Sinne von Artikel 19.

D. **Wir** behalten uns das Recht vor, den Versicherungsvertrag zu kündigen:

1. im Falle eines Verschweigens oder einer Ungenauigkeit bei der Meldung des Risikos gemäß den Bedingungen im Sinne von Artikel 2;
2. im Falle einer erheblichen und dauerhaften Änderung des Risikos gemäß Artikel 3. B.;
3. im Falle der Nichtbeschäftigung von Personal gemäß Artikel 8;
4. im Todesfall, bei Konkurs oder Übertragung im Sinne von Artikel 9;
5. wenn **Sie** es unterlassen, die Prämien, Mehrprämien oder Nebenkosten gemäß Artikel 18 zu zahlen oder im Falle der Nichtmeldung der Löhne innerhalb der im Versicherungsvertrag festgesetzten Fristen gemäß Artikel 15;

6. im Falle schwerer Fehler hinsichtlich der Vorbeugung gemäß Artikel 22 Absatz 2 und unbeschadet der Bestimmungen dieses Artikels;
 7. falls **wir** den im Artikel 20 Absatz 4 vorgesehenen Regressanspruch ausüben können;
 8. im Falle einer Unfallmeldung, die nicht mit den Bestimmungen von Artikel 20 übereinstimmt;
 9. im Falle der Nichteinhaltung der Artikel 5 und 16, die für uns ein Recht auf Prüfung des versicherten Risikos und der Lohnerklärungen einführen.
- E. In allen in Artikel 10. D. vorgesehenen Fällen, unter Ausschluss von Artikel 10. D.5., müssen **wir** die Garantie des laufenden Versicherungsvertrags bis zum Ablauf einer einmonatigen Frist ab dem Tag nach dem Tag gewähren, an dem **wir Sie** per Einschreiben von der Kündigung des Versicherungsvertrags in Kenntnis setzen.
- In dem in Artikel 10. D.5. beschriebenen Fall finden die in Artikel 18 genannten Fristen Anwendung.
- Wir** erstatten die gezahlten Prämien bezüglich der Versicherungsperiode nach dem Datum des Inkrafttretens der Kündigung.
- F. **Wir** behalten uns das Recht vor, den Versicherungsvertrag nach dem Eintritt eines **Unfalls** zu kündigen. **Sie** verfügen über das selbe Recht. Diese Gegenseitigkeit gilt nicht für Versicherungsverträge mit einer dreijährigen Laufzeit, die mit Unternehmen geschlossen werden, deren Jahresdurchschnitt des Personalbestands mehr als hundert beträgt oder die ein Lohnvolumen von mehr als hundertmal dem maximalen Grundjahreslohn im Sinne von Artikel 39 des **Gesetzes** versichern lassen.
- Die Kündigung zu unseren Gunsten oder zu Ihren Gunsten hat nur Wirkung zum Ablauf des laufenden **Versicherungsjahres**, ohne dass diese Frist drei Monate ab der Aufgabe des Einschreibens, in dem die Kündigung notifiziert wird, unterschritten werden darf. Diese Kündigung wird spätestens einen Monat nach der ersten Zahlung der Tagesentschädigungen an den Geschädigten oder nach der Verweigerung der Zahlung der Entschädigung mitgeteilt.
- G. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 4. April. 2014 über die Versicherungen gelten für die Bedingungen, die Modalitäten und die Fristen, in denen der Versicherungsvertrag von Ihnen oder von uns gekündigt wird, falls hiervon nicht im Gesetz abgewichen wird.

KAPITEL 3 - PRÄMIE

Artikel 11 - ART DER PRÄMIE

- A. Die Prämie ist entweder ein Pauschalbetrag oder wird nach Verstreichen der Frist abgerechnet.
- B. Die Pauschalprämie wird beim Abschluss des Versicherungsvertrags festgestellt. Sie kann im gleichen Verhältnis wie die Obergrenze des Grundlohns variieren, die nach dem Gesetz festgestellt werden. Sie ist im Voraus an dem in den besonderen Bedingungen angegebenen Fälligkeitstag zu zahlen.

Artikel 12 - BERECHNUNG DER PRÄMIE

Ohne gegenteilige Angabe wird die Prämie, außer der Pauschalprämie, anhand des Lohns der **Versicherten** berechnet.

Mit „Lohn“ der **Versicherten** ist der Bruttolohn ohne jegliche Einbehaltung, einschließlich sämtlicher Vorteile, gemeint.

Auf keinen Fall kann der Lohn den garantierten durchschnittlichen Mindestmonatslohn unterschreiten, oder denjenigen, der bestimmt wurde durch den Vertrag, der im Unternehmen geschlossen wurde, oder durch das kollektiven Abkommen, das im Nationalen Arbeitsrat, im paritätischen oder unterparitätischen Kommission oder in irgendwelchem paritätischen Organ geschlossen wurde und durch Königlichen Erlass bindend gemacht worden ist oder nicht.

Die den Arbeitern als Urlaubsgeld gewährten Summen sowie das zusätzliche Urlaubsgeld und alle Summen, die den Lohn bilden, aber nicht unmittelbar von Ihnen ausgezahlt werden, sind nicht in der Lohnerklärung anzugeben. **Wir** ersetzen sie durch den durch die Gesetzgebung über den Jahresurlaub festgesetzten Prozentsatz.

Die Prämie für Personen, die im Rahmen einer Ausbildung bezahlte Arbeit verrichten, wird auf einen Jahresbetrag berechnet, der den Durchschnittslohn der volljährigen Arbeitnehmer der Berufskategorie berücksichtigt, zu der diese Personen gehören.

Für Personen, deren Lohn aus Trinkgeldern besteht, muss der angegebene Lohn mit dem Effektivlohn übereinstimmen, ohne die zur Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge in Betracht gezogene Lohnpauschale zu unterschreiten.

Liegt der Jahreslohn über der gesetzlichen Obergrenze des Grundlohns, wird er zur Berechnung der Prämien nur in Höhe dieser Obergrenze in Betracht gezogen.

Die Prämie wird bestimmt, indem der Lohnbetrag mit dem Prämienatz multipliziert wird, der für alle Risiken in Ihrem Unternehmen angewendet wird.

Artikel 13 - VORSCHUSS

Wird die Prämie nach der abgelaufenen Frist abgerechnet, ist im Voraus ein Vorschuss an den in den besonderen Bedingungen genannten Fälligkeitstagen und zum ersten Mal bei Inkrafttreten des Versicherungsvertrags zu zahlen.

Ohne gegenteilige Vereinbarung ist der Vorschuss innerhalb von 30 Tagen nach der Zahlungsaufforderung zu zahlen.

Dieser Vorschuss wird in den besonderen Bedingungen festgelegt und entspricht dem geschätzten Prämienbetrag, der nach Ablauf der Frist gezahlt wird. Dieser wird anhand der von Ihnen im vorigen Jahr bezahlten Löhne oder, wenn Ihr Unternehmen gerade gegründet wurde, einer einvernehmlich vorgenommenen Schätzung berechnet.

Der Vorschuss wird anschließend entsprechend den Abrechnungen angepasst, wobei es stets die Absicht ist, einen Vorschuss zu erhalten, welcher der endgültigen Prämie am meisten entspricht.

Der Vorschuss ist für die völlige oder teilweise Zahlung der endgültigen Prämie bestimmt.

Artikel 14 - LOHNERKLÄRUNG

Die Löhne werden uns von Ihnen selbst oder Ihrem Beauftragten über die multifunktionelle elektronische Meldung (DMFA) gemeldet. Wendet der Vertrag mehrere Prämienätze für „Arbeiter“ und/oder „Angestellte“ an, ist die „Aktivität in Bezug auf das Risiko“ anzugeben. **Wir** behalten uns das Recht vor, für Mitarbeiter, für die Sie kein DMFA einreichen, Ihnen jährlich oder nach Ablauf einer in den besonderen Bedingungen festgelegten kürzeren Frist eine Lohnaufstellung zuzusenden. Diese Lohnaufstellung muss uns innerhalb des Monats nach dem Ende von jedem Versicherungszeitraum zurückgesendet werden.

Artikel 15 - FEHLENDE LOHNERKLÄRUNG

Wird innerhalb von fünfzehn Tagen nach einer per Einschreiben zugestellten Erinnerung keine Lohnerklärung übermittelt, kann von Amts wegen eine Abrechnung erstellt werden, indem die Löhne, die als Berechnungsgrundlage der vorigen Prämie dienten, um 50 % erhöht werden, oder – bei der ersten Abrechnung – indem die bei Abschluss des Versicherungsvertrags angegebenen Löhne um 50 % erhöht werden.

Diese Abrechnung von Amts wegen erfolgt unbeschadet unseres Rechtes, die Meldung zu fordern oder die Zahlung auf der Grundlage der Effektivlöhne zu erhalten, um Ihre Abrechnung zu berichtigen.

Wenn **Sie** dieser Verpflichtung nicht nachkommen, können **wir** den Versicherungsvertrag gemäß den Bedingungen von Artikel 10. D. kündigen.

Artikel 16 - PRÜFUNG DER LOHNERKLÄRUNG

Wir behalten uns das Recht vor, Ihr Unternehmen zu besuchen und Ihre zur Berechnung der Prämie und der Entschädigung bei einem **Unfall** bestimmten Lohnerklärungen zu prüfen und sogar uns an Ihrer Stelle einzusetzen um die Lohnerklärung aufzustellen.

Sie verpflichten sich dazu, diesbezüglich alle Unterlagen und individuellen Rechnungen, die einer sozialen oder Steuerprüfung unterliegen, für uns oder unsere Delegierten bereitzuhalten. **Wir** behalten uns diese Möglichkeit für drei Jahre nach Ablauf der Versicherung vor.

Wenn **Sie** dieser Verpflichtung nicht nachkommen, können **wir** den Versicherungsvertrag gemäß den Bedingungen von Artikel 10. D. kündigen.

Die mit dieser Prüfung beauftragten Personen sind durch strikte Geheimhaltung gebunden.

Enthält die Lohnerklärung falsche Angaben, werden **wir** die Prämie anhand des Effektivlohns anpassen. Bei einem **Unfall** müssen **wir** die **Versicherten** oder deren Rechtsnachfolger anhand des im **Gesetz** festgelegten Lohns entschädigen und **wir** können gegen **Sie** den gleichen Regressanspruch, wie im Sinne von Artikel 2, geltend machen.

Artikel 17 - MODALITÄTEN DER PRÄMIENZAHLUNG

Die Prämie ist eine Holschuld. Die Zusendung der Zahlungsaufforderung zu Ihren Händen gilt als Vorlegung des Prämienauszuges an Ihrem Wohnsitz oder am Gesellschaftssitz.

Die endgültige Prämie ist innerhalb von 30 Tagen nach der Zahlungsaufforderung zahlbar.

Wenn **Sie** nicht unmittelbar an uns geleistet wird, ist die Zahlung der Prämie befreiend. Wenn **Sie** Ihrem Versicherungsvermittler geleistet wird, der Inhaber des von uns ausgefertigten Prämienauszuges ist oder der sich am Abschluss oder an der Ausführung des Vertrags beteiligt, ist die Zahlung der Prämie auch befreiend.

Im Hinblick darauf ist das maßgebende Datum das Datum der Abgabe des Prämienauszuges oder das Datum, an dem der fällige Betrag einem unserer Finanzkonten oder einem der Finanzkonten des beauftragten Vermittlers gutgeschrieben wurde.

Die Jahresprämie darf die Summe der in den besonderen Bedingungen angegebenen Mindestbeträge nicht unterschreiten.

Die Prämien, sogar die Prämienpauschalen, werden um alle festgesetzten oder festzusetzenden Steuern, Gebühren und Beiträge erhöht, unter gleich welcher Bezeichnung und durch gleich welche Behörde.

Artikel 18 - NICHTZAHLUNG DER PRÄMIE

A. Die Nichtzahlung der Prämie am Verfalltag kann zu der Unterbrechung der Garantie oder zu der Kündigung dieses Versicherungsvertrags führen, unter der Bedingung, dass **Sie** gemahnt worden sind.

B. Diese Mahnung erfolgt per Einschreiben.

Sie umfasst eine Aufforderung zur Zahlung der Prämie innerhalb von 15 Tagen ab dem Tage nach der Aufgabe des Einschreibens.

In der Mahnung wird an das Verfalldatum der Prämie erinnert sowie an die Folgen der Nichtzahlung innerhalb dieser Frist.

C. Die Aussetzung der Garantie oder die Kündigung des Versicherungsvertrages tritt erst nach Ablauf der im Absatz 18. B. vorgesehenen 15-tägigen Frist in Kraft.

Wenn die Garantie ausgesetzt worden ist, beendet die von Ihnen geleistete Zahlung der fällig gewordenen Prämien diese Aussetzung. Das Ende der Aussetzung berührt nicht unser Recht, ggf. die Zahlung von Zinsen und Beitreibungskosten zu fordern.

Wenn **wir** unsere Garantiepflcht ausgesetzt haben, können **wir** den Vertrag noch kündigen, wenn **wir** uns dazu in der Mahnung die Möglichkeit vorbehalten haben; in diesem Falle tritt die Kündigung nach Ablauf einer 15-tägigen Frist ab dem ersten Tage der Aussetzung in Kraft.

Wenn **wir** uns in der Mahnung nicht die Möglichkeit vorbehalten haben, den Vertrag zu kündigen, kann die Kündigung erst nach einer neuen, gemäß Absatz 18.B., erfolgten Mahnung stattfinden.

D. Die Aussetzung der Garantie beeinträchtigt nicht unser Recht, die später fällig werdenden Prämien geltend zu machen, vorausgesetzt, dass **Sie**, gemäß Absatz 18. B., gemahnt worden sind. In diesem Fall wird in der Mahnung an die Unterbrechung der Deckung erinnert.

Unser Recht wird jedoch auf die Prämien bezüglich zwei aufeinander folgender Jahre beschränkt.

E. Durch Zusendung der Mahnung per Einschreiben werden Verzugszinsen fällig, die von Rechts wegen ab dem 31. Tage nach dem Datum der Ausfertigung des Prämienauszuges laufen. **Wir** behalten uns das Recht vor, die zu zahlende Summe um Beitreibungskosten zu erhöhen.

Die Verzugszinsen werden zum Satz der gesetzlichen Zinsen berechnet.

F. Solange die Aussetzung andauert, sind **Sie** zur Meldung der Löhne im Wortlaut des Versicherungsvertrags verpflichtet und senden **wir** Ihnen die Prämienabrechnungen zu.

G. Im Falle der Aussetzung der Garantie haben **wir** gegenüber **Sie** einen Anspruch zur Rückerstattung aller Summen, die **wir** kraft Artikel 1 Absatz 3 hätten zahlen oder zurückstellen müssen.

Artikel 19 - TARIFÄNDERUNG ODER ÄNDERUNG DER VERSICHERUNGSBEDINGUNGEN

Wenn **wir** unseren Tarif ändern, haben **wir** das Recht, die Prämie dieses Versicherungsvertrags ab der nächsten jährlichen Prämienfälligkeit zu ändern.

Wenn **Sie** mindestens vier Monate vor dem jährlichen Fälligkeitstag von der Änderung in Kenntnis gesetzt werden, haben **Sie** das Recht, Ihren Versicherungsvertrag mindestens drei Monate vor diesem Fälligkeitstag zu kündigen. Der Versicherungsvertrag endet dadurch an diesem Fälligkeitstag.

Wenn **Sie** nicht spätestens vier Monate vor dem jährlichen Fälligkeitstag von der Änderung in Kenntnis gesetzt werden, haben **Sie** das Recht, Ihren Versicherungsvertrag in einer dreimonatigen Frist ab Versand

der Bekanntgabe der Änderung zu kündigen. Der Versicherungsvertrag endet dadurch nach einer einmonatigen Frist ab dem Tag der Aufgabe eines per Einschreiben zugestellten Kündigungsschreibens, jedoch frühestens am nächsten jährlichen Fälligkeitstag nach der Bekanntgabe der Änderung.

Die Prinzipien, die zur Tarifänderung gelten, finden auch bei einer Änderung der Versicherungsbedingungen Anwendung.

Die Kündigungsmöglichkeit, im Sinne von Absatz 2 und 3, erlischt, wenn die Änderung des Tarifs oder der Versicherungsbedingungen die Folge einer gesetzlichen oder verordnungsrechtlichen Bestimmung ist.

KAPITEL 4 - UNFÄLLE

Artikel 20 - UNFALLMELDUNG

Sie müssen uns schriftlich jeden **Unfall** melden, der zur Anwendung des Gesetzes führen kann, innerhalb der Frist und in der Form, die im Gesetz vorgesehen werden. Ein ärztliches Attest muss, falls möglich, der Meldung beigelegt werden oder uns baldmöglichst zugestellt werden. **Wir** stellen Ihnen die zu verwendenden Formulare zur Verfügung.

Sie müssen uns unverzüglich alle erforderlichen Auskünfte mitteilen und auf Fragen antworten, die Ihnen gestellt werden, um den Sachverhalt festzulegen und den Umfang der Schäden zu bestimmen.

Sie sind dazu verpflichtet, unsere Delegierten zu Ihrem Unternehmen zuzulassen, die damit beauftragt sind, über die Umstände der **Unfälle** eine Untersuchung durchzuführen, und ihnen zu diesem Zweck zu erlauben, insbesondere jedes Personalmitglied zu befragen. Dieses Recht darf sogar nach der Beendigung des Versicherungsvertrags ausgeübt werden.

Wenn **Sie** einer der obigen Verpflichtungen nicht nachkommen und wenn daraus ein Nachteil für uns entsteht, dürfen **wir** gegen **Sie** eine Klage auf Rückerstattung unserer Leistung erheben, bis zur Höhe des von uns erlittenen Nachteils.

Wenn **Sie** in einer betrügerischen Absicht eine der obigen Verpflichtungen nicht erfüllt haben, so bezieht sich unsere Klage auf Rückerstattung sämtlicher Ihnen, dem **Versicherten** oder seinem Rechtsnachfolger erbrachten Leistungen.

In der im Absatz 4 erwähnten Annahme können **wir** den Versicherungsvertrag unter den in Artikel 10. D. festgesetzten Bedingungen kündigen.

Artikel 21 - VERFAHREN

Die Verwaltung der **Unfälle** und der Streitfälle in Bezug auf die **Unfälle** wird ausschließlich von uns übernommen. **Sie** werden daher auf jede Haftungsanerkennung, jede Zahlung oder jedes Zahlungsverprechen verzichten, sowohl gegenüber den **Versicherten** oder deren Rechtsnachfolger, als auch gegenüber dem für den **Unfall** haftpflichtigen Dritten. **Sie** können mit den für den **Unfall** haftpflichtigen Dritten nur einen Vergleich treffen, wenn **wir** uns damit vorher einverstanden erklärt haben. Mangels unseres Einverständnisses können alle Handlungen, Initiativen oder Vergleiche Ihrerseits uns nicht entgegengehalten werden.

Wir sind nicht dazu verpflichtet, die Rechtsverfahren vor den strafrechtlichen Gerichten zu verfolgen und auch nicht die daraus hervorgehenden Strafen oder Kosten zu übernehmen.

Sie sind hingegen dazu verpflichtet, uns zu benachrichtigen, wenn **Sie** gerichtlich belangt werden. **Sie** müssen uns alle gerichtlichen oder außergerichtlichen Dokumente bezüglich des **Unfalls** zustellen, und zwar sofort

nach ihrer Mitteilung, Zustellung oder Aushändigung, unter Androhung des Ersatzes der von uns erlittenen Schäden im Falle von Nichtbeachtung.

Artikel 22 - Vorbeugung und Aufsicht

Sie verpflichten sich dazu, alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen, um Unfällen vorzubeugen, und zumindest diejenigen, die durch die verordnungsrechtlichen und vertraglichen Bestimmungen über den Schutz, die Sicherheit und die Hygiene der Arbeitsräume vorgesehen werden.

Wenn **Sie** sich weigern, an einer gemäß den verordnungsrechtlichen oder vertraglichen Vorschriften als mangelhaft anerkannten Situation die vorgeschriebenen Verbesserungen anzubringen, oder wenn **Sie** die allgemeinen Regeln bezüglich der Sicherheit nicht beachten, kann Ihnen ein Prämienzuschlag von 15 % auferlegt werden. In diesem Fall können **wir** den Versicherungsvertrag unter den in Artikel 10. D. festgesetzten Bedingungen kündigen.

Als schweres Verschulden im Sinne von Artikel 62 des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen:

- die Nichteinhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Vorbeugung, die den Gegenstand einer spezifischen und vorhergehenden Mitteilung unsererseits an **Sie** gebildet hat;
- die grobe Nichtachtung Ihrerseits der gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen bezüglich der Sicherheit und Hygiene am Arbeitsplatz, wodurch die Arbeitnehmer dem Arbeitsunfallrisiko ausgesetzt sind, obwohl die Beamten, die zur Beaufsichtigung der Einhaltung dieser Bestimmungen bestimmt wurden, **Sie** schriftlich vor der Gefahr gewarnt haben, der **Sie** diese Arbeitnehmer aussetzen.

In diesem Falle:

- a. verfügen wir gegenüber **Sie** bezüglich der gesetzlichen Garantie über einen Rückerstattungsanspruch unserer gesamten Ihnen, den **Versicherten** oder deren Rechtsnachfolger ausgezahlten Leistungen;
- b. werden **wir** für die außergesetzlichen Garantien unsere Leistung verweigern.

Artikel 23 - Mitteilungen - Benachrichtigungen - Auslegung - Betrugsbekämpfung im Versicherungswesen

A. Mitteilungen und Benachrichtigungen

Um gültig zu sein, müssen alle für uns bestimmten Mitteilungen oder Zustellungen an unseren Gesellschaftssitz in Belgien oder an die in den besonderen Bedingungen angegebene Adresse oder an jede Adresse, die wir später mitgeteilt haben, erfolgen.

Unsere für **Sie** bestimmten Mitteilungen oder Zustellungen erfolgen gültig an die in den besonderen Bedingungen angegebene Adresse oder an diejenige, die **Sie** später mitgeteilt haben.

B. Auslegung

Sie können uns jedes Problem bezüglich der Anwendung der Bestimmungen dieses Versicherungsvertrags über Ihre Vermittler vorlegen.

Ihr Vermittler ist ein Fachmann, der Ihnen helfen kann. Seine Rolle besteht darin, **Sie** über Ihren Versicherungsvertrag und die daraus hervorgehenden Leistungen zu informieren und für **Sie** alle Handlungen gegenüber uns zu erfüllen. Er steht Ihnen ebenfalls zur Seite, falls sich zwischen Ihnen und uns ein Problem erheben sollte.

Teilen Sie unseren Standpunkt nicht, können Sie sich an unseren Dienst „Customer Protection“ wenden (Place du Trône 1 in B-1000 Brüssel, E-Mail: customer.protection@axa.be).

Wenn **Sie** der Meinung sind, dass das Problem auf diese Weise nicht gut gelöst wurde, können **Sie** sich an den Ombudsmann der Versicherungen wenden (Square de Meeûs 35 in B-1000 Brüssel, Website: www.ombudsman.as).

Sie können sich auch immer an einen Richter wenden.

Für jede Beschwerde bezüglich der Anwendung der Bestimmungen dieses Versicherungsvertrags und des **Gesetzes** vom 10. April 1971 über Arbeitsunfälle und seine Durchführungserlasse können **Sie** sich an die Föderalagentur für Berufsrisiken (Fedris), Avenue de l'Astronomie 1 in B-1210 Brüssel wenden, und dies unbeschadet der Möglichkeit, ein Gerichtsverfahren einzuleiten.

C. Betrugsbekämpfung im Versicherungswesen

Im Sinne der geltenden Bestimmungen ist "Versicherungsbetrug" die Irreführung eines Versicherungsunternehmens bei Abschluss oder während der Laufzeit eines Versicherungsvertrags oder bei Meldung oder Abwicklung eines Anspruchs mit dem Ziel auf Erlangen eines Versicherungsschutzes oder einer Versicherungsleistung.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass jeder Betrug oder Betrugsversuch gemäß den geltenden Gesetzen und / oder Bestimmungen geahndet wird und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt werden kann.

TITEL 2 - AUSSERGESETZLICHE GARANTIEN

Mangels ausdrücklicher Abweichung sind die im Titel I vorgesehenen Bestimmungen auch auf Titel II anwendbar.

Die Bestimmungen des Königlichen Erlasses Nr. 530 vom 31. März 1987 (B.S. vom 16.04.1987) und seiner Durchführungserlasse finden keine Anwendung auf Titel II.

Die Garantien des Titels II, die zugunsten Ihrer Arbeitnehmer abgeschlossen werden, haben zum Ziel, ihren Lohnverlust völlig oder teilweise zu ersetzen.

KAPITEL 1 - ZIEL DER GARANTIE

Artikel 24 - DECKUNG BEI ARBEITS- ODER WEGEUNFALL

Wir garantieren die Entschädigung von **Unfällen**, die in Titel I gedeckt sind und dem Begünstigte, deren Grundlohn über der gesetzlichen Obergrenze liegt, widerfahren sind.

Die Entschädigung stützt sich auf den Teil des Lohns, der den für die gesetzliche Entschädigung berücksichtigten Höchstbetrag überschreitet.

Der in Betracht zu ziehende Gesamtlohn kann pro **Versicherten** und pro Jahr nicht über dem dreifachen Betrag der gesetzlichen Obergrenze im Jahr des **Unfalls** liegen.

Artikel 25 - GARANTIE BEI EINER HANDLUNG VON TERRORISMUS

Bei einem **Unfall**, der sich aus einer Handlung von **Terrorismus** ergibt, sind die Schäden durch die vorliegende Versicherung gedeckt, außer den Schäden durch Waffen oder Geräte, die dazu bestimmt sind, durch eine Strukturänderung des Atomkerns zu explodieren.

Artikel 26 - AUSSCHLÜSSE

Ausgeschlossen sind Unfälle, die hervorgehen aus:

- A. Ihrer absichtlichen Handlung oder jener des Versicherten oder des Begünstigten. Abweichend davon gewähren **wir** Ihnen dennoch die Garantie, wenn **Sie** an diesem Vorsatz unbeteiligt sind, beziehungsweise dem **Versicherten** oder dem Begünstigten, wenn diese an dem Vorsatz unbeteiligt sind;
- B. Alkoholvergiftung mit einem Satz von mehr als 0,8 g/l Blut oder Einnahme von Rauschmitteln oder ähnlichen Betäubungsmitteln;
- C. Teilnahme an Wetten, Herausforderungen oder offensichtlich rücksichtslosen Handlungen, bei denen der **Versicherte** die Absicht hatte, die Gefahr zu suchen;
- D. einer in Belgien eingetretenen **Naturkatastrophe**;
- E. **Anschlägen** (unbeschadet der Anwendung von Artikel 27) oder Angriffen, es sei denn, dass bewiesen wurde, dass sich der Geschädigte nicht aktiv daran beteiligt hat, außer gesetzlicher Selbstverteidigung;

F. Krieg oder ähnlichen Tatsachen und Bürgerkrieg.

Unfälle, die hervorgehen aus Krieg oder ähnlichen Fakten und Bürgerkrieg, sind jedoch gedeckt, wenn der Geschädigte im Ausland durch das Ausbrechen der Feindseligkeiten überrascht wird und innerhalb von 14 Tagen ab dem Anfang der Feindseligkeiten Opfer eines **Unfalls** ist. Diese Frist kann bis zu dem Augenblick verlängert werden, zu dem der Geschädigte über die erforderlichen Mittel verfügt, um das Gebiet zu verlassen. Die Garantie wird auf keinen Fall gewährt, wenn das Opfer aktiv an diesen Feindseligkeiten teilgenommen hat;

G. einem **Kernrisiko**, ohne die Bestimmung von Artikel 25 über **Terrorismus** zu beeinträchtigen.

Ebenfalls ausgeschlossen sind:

H. Verletzungen und ihre Folgen, die herrühren aus vom **Versicherten** an sich selbst angewandten Operationen oder Behandlungen, außer wenn dies dazu diente, die Folgen eines gedeckten **Unfalls** abzuschwächen, wegen der Unmöglichkeit für den **Versicherten**, die erforderliche Pflege rechtzeitig zu bekommen. **Wir** treten allerdings ein, wenn erwiesen ist, dass die Operationen oder Behandlungen erforderlich waren, um die Folgen eines gedeckten Unfalls in Ermangelung anderer medizinischer Hilfe zu begrenzen;

I. Selbstmord und Selbstmordversuch und deren Folgen;

Artikel 27 - BERECHNUNG DER ENTSCHÄDIGUNG

A. **Wir** bezahlen :

- im **TODESFALL**, unmittelbar oder innerhalb von 3 Jahren nach dem **Unfall**, der dazu geführt hat: ein Kapital, das 5 MAL dem außergesetzlichen Teil des Lohns entspricht. Dieses Kapital wird unter die Begünstigten der gesetzlichen Entschädigung im Verhältnis zu ihren jeweiligen Anteilen an dieser Entschädigung verteilt;
- im Falle einer **DAUERHATEN ARBEITSUNFÄHIGKEIT**, sofort nach Konsolidierung und spätestens 3 Jahre ab dem Tage des Unfalls: ein Kapital, das folgendem Betrag entspricht: 10 MAL dem außergesetzlichen Teil des Lohns, multipliziert mit dem für die gesetzliche Entschädigung festgehaltenen Unfähigkeitsgrad;
- im Falle einer **VORÜBERGEHENDEN ARBEITSUNFÄHIGKEIT**, höchstens während 3 Jahren ab dem Tage des Unfalls: 90 % des außergesetzlichen Teils des durchschnittlichen Tageslohns im Verhältnis zu dem für die gesetzliche Entschädigung festgehaltenen Arbeitsunfähigkeitsgrad.

Die Entschädigung darf jedoch, mitsamt der in Anwendung des **Gesetzes** gezahlten Entschädigung, den tatsächlichen Lohnverlust nicht überschreiten.

Artikel 28 - FORDERUNGSÜBERGANG

Bis zur Höhe aller Erstattungen, berechnet auf den Teil des Lohns, der über dem Höchstbetrag liegt, der für die gesetzliche Erstattung berücksichtigt wird, haften **wir** an Ihren Rechten und Ansprüchen sowie an den Rechten der anderen Versicherten und ihrer Rechtsnachfolger gegenüber den Tätern oder gemeinsame Ursachen für den von uns ersetzten Schaden.

KAPITEL 2 - PRÄMIE

Artikel 29 - BERECHNUNG

Die Prämie für die Arbeitsunfälle oder Unfälle auf dem Weg zu und von dem Arbeitsplatz wird auf den Lohnanteil oberhalb der gesetzlichen Obergrenze erhoben.

In diesem Fall kann, außer gegenteiliger Vereinbarung, der in Betracht zu ziehende Gesamtlohn pro Person und pro Jahr jedoch nicht über dem dreifachen Betrag der gesetzlichen Obergrenze liegen.

KAPITEL 3 - DAUER UND KÜNDIGUNG

Artikel 30 - DAUER

Dieser Versicherungsvertrag wird für die in den besonderen Bedingungen festgestellte Dauer abgeschlossen.

Er wird stillschweigend um die gleichen aufeinander folgenden Zeiträume, wie in den besonderen Bedingungen festgelegt, verlängert, außer wenn eine der Parteien sich dem mindestens drei Monate vor Ablauf des Versicherungsvertrags per Einschreiben, durch Gerichtsvollzieherurkunde oder durch Aushändigung des Kündigungsschreibens gegen Empfangsbescheinigung, widersetzt.

Artikel 31 - BEENDIGUNG UND KÜNDIGUNG

- A. Die vorliegende Garantie endet von Rechts wegen am Datum der endgültigen Einstellung Ihrer Tätigkeiten.
- B. **Wir** behalten uns das Recht vor, diese Garantie per Einschreiben zu kündigen:
1. für alle Fälle gemäß Artikel 10. D. 1, 10. D. 2, 10. D. 3, 10. D. 5 bis 10. D. 9;
 2. im Todesfall oder bei einer Übertragung im Sinne von Artikel 9. A und 9. C;
 3. im Falle des Konkurses gemäß den Modalitäten im Sinne von Artikel 9. B. oder der gerichtlichen Liquidation Ihres Unternehmens;
 4. nach Eintritt eines **Unfalls**, aber spätestens einen Monat nach Zahlung der Entschädigung oder Verweigerung der Zahlung der Entschädigung.

In all diesen Fällen, mit Ausnahme von Artikel 10. D. 5 und 10. F., hat die Kündigung nur Wirkung nach Ablauf einer einmonatigen Frist ab dem Tage nach der Aufgabe des Einschreibens.

Im Falle einer Nichtzahlung der Prämie (Artikel 10. D. 5) gelten die in Artikel 18 genannten Fristen.

Bei einer Kündigung nach einem Schadensfall gelten die in Artikel 10. F. genannten Fristen.

- C. **Sie** dürfen den Versicherungsvertrag per Einschreiben, durch Gerichtsvollzieherurkunde oder durch Aushändigung des Kündigungsschreibens gegen Empfangsbescheinigung kündigen:
1. bei einer Verringerung des Risikos unter den Bedingungen im Sinne von Artikel 3. A.

Die Kündigung hat nur Wirkung nach Ablauf einer einmonatigen Frist ab dem Tage nach der Aufgabe des Einschreibens bei der Post, der Zustellung oder dem Datum der Empfangsbescheinigung;

2. bei einer Tarifierhöhung oder Änderung der Versicherungsbedingungen gemäß den Bedingungen im Sinne von Artikel 19.
- D. Wenn die Garantie aus welchem Grund auch immer gekündigt wird, erstatten **wir** die gezahlten Prämien bezüglich des Versicherungszeitraums nach Inkrafttreten der Kündigung.

Artikel 32 - VERLUST DER EIGENSCHAFT ALS VERSICHERTER

Die Garantien hören auf, wenn der Versicherte keine Erwerbstätigkeit mehr in Ihrem Unternehmen ausübt.

KAPITEL 4 - VERSCHIEDENES

Artikel 33 - BESONDERHEITEN

- A. Auf die Garantie findet belgisches Recht Anwendung.
- B. Ihr idealer Gesprächspartner.

Ihr Vermittler ist ein Fachmann, der Ihnen helfen kann. Seine Rolle besteht darin, **Sie** über Ihren Versicherungsvertrag und die daraus hervorgehenden Leistungen zu informieren und für **Sie** alle Handlungen gegenüber uns zu erfüllen. Er steht Ihnen ebenfalls zur Seite, falls sich zwischen Ihnen und uns ein Problem erheben sollte.

Teilen **Sie** unseren Standpunkt nicht, können **Sie** sich an unseren Dienst „Customer Protection“ wenden (Place du Trône 1 in B-1000 Brüssel, E-Mail: customer.protection@axa.be).

Wenn **Sie** der Meinung sind, dass das Problem auf diese Weise nicht gut gelöst wurde, können **Sie** sich an den Ombudsmann der Versicherungen wenden (Square de Meeüs 35 in B1000 Brüssel, Website : www.ombudsman.as).

Sie können sich auch immer an einen Richter wenden.

- C. Im Sinne der geltenden Bestimmungen ist "Versicherungsbetrug" die Irreführung eines Versicherungsunternehmens bei Abschluss oder während der Laufzeit eines Versicherungsvertrags oder bei Meldung oder Abwicklung eines Anspruchs mit dem Ziel auf Erlangen eines Versicherungsschutzes oder einer Versicherungsleistung.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass jeder Betrug oder Betrugsversuch, gemäß den geltenden Gesetzen und / oder Bestimmungen, geahndet wird und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt werden kann.

Als Geschäftsleiter treffen Sie Entscheidungen, die Ihre eigene Zukunft bestimmen. Aber auch das Schicksal anderer Personen und das Fortbestehen Ihres Unternehmens hängen davon ab.

Gemeinsam mit Ihrem Versicherungsmakler macht es sich AXA zur Aufgabe, Sie bei der Einschätzung der mit Ihrer Aktivität verbundenen Risiken, der Auswahl einer einfachen Gesamtlösung sowie der Durchführung Ihrer Präventionspolitik zu beraten.

Wir helfen Ihnen bei :

- der Vorwegnahme Ihrer Risiken;
- dem Schutz und der Motivation Ihres Personals;
- dem Schutz Ihrer Unternehmensgebäude, Fahrzeuge, Maschinen und Kaufware;
- dem Erhalt Ihrer Ergebnisse sowie;
- dem Ersatz/der Behebung der Folgen von Schäden für Dritte.

www.axa.be

